

Politische Gesprächskultur im Fokus

Politik als Regelung von grundlegenden Fragen und Problemen des gesamtgesellschaftlichen Zusammenlebens gilt üblicherweise als etwas, was zur öffentlichen und nicht zur privaten Sphäre gehört. Gleichwohl bestehen vielfältige Verbindungen zwischen Privatem und Öffentlichem. Politik beeinflusst den Privatbereich und das Private beeinflusst die Politik, z. B. durch Gespräche im Privaten, die, so die Grundthese des Beitrages, politisch nicht folgenlos sind. Es wird hier davon ausgegangen, dass die politische Kultur eines Landes durch die unzähligen Alltagsgespräche über Politik entscheidend mit beeinflusst wird. Diese Gespräche entscheiden mit über das jeweilige Wahlverhalten und politische Engagement beziehungsweise über die Haltung von Politiker(inne)n gegenüber den Bürger(inne)n. Schwierig und eine Herausforderung für die politische Erwachsenenbildung ist, dass das Niveau in diesen Alltagsgesprächen oftmals weitaus niedriger ist, als es das Niveau der Diskutanten erwarten lässt. Ein Absinken des politischen Diskurses auf Stammesniveau stellt ein Problem für die Qualität von Politik und Demokratie und letztlich den Zusammenhalt unserer Gesellschaft dar. Der Beitrag fordert daher eine kreative politische Erwachsenenbildung, die sich dafür einsetzt, dass im Privaten politische Fragen thematisiert und herabwürdigende Gespräche über Politiker oder pauschale Parolen stärker hinterfragt und kritisiert werden.

I. Politisierte Privatsphären und privatisierte Gesinnung

Das, was wir „privat“ nennen, kann ganz unterschiedlich definiert werden. Spontan kann man sagen, bestimmte Informationen über eine Person sind privat, beispielsweise welche Freunde oder welche Interessen man hat. Privat ist, wie man sich kleidet, welchen Beruf man wählt und welche religiösen Überzeugungen man hat. Und nicht zuletzt ist die eigene Wohnung privat. Privatheit meint in diesem Sinne das Ausbleiben von öffentlicher Kontrolle und damit möglicher öffentlicher Sanktionen. Dies entspricht auch dem Verständnis liberaler Theorien, in denen Privatheit als Raum der Freiheit definiert wird.

Ein derartiges Verständnis steht im Widerspruch zu vor allem feministischen Debatten, in denen Privatheit als weiblicher Raum diskutiert wird, als Raum von Heim und Herd (griech.: *oikos*, der Haus-

halt) beziehungsweise als eine den Frauen *zugewiesene* Sphäre. Man kann in diesem Sinne von Privatheit als Raum der Freiheit, aber auch als Raum rechtlich unregelter Hierarchie sprechen.¹

Öffentlichkeit ist dagegen der Ort, an dem Menschen zusammenkommen, um miteinander zu sprechen, zu handeln, wo Dinge unternommen werden, die gesellschaftliche Gruppen betreffen, und wo konkrete politische Prozesse stattfinden. Voraussetzung, um ein solches öffentliches Leben zu gewährleisten, sind der freie Zugang zu allen Informationsquellen und das Bestehen von Versammlungs-, Meinungs- und Religionsfreiheit, letztlich die Existenz eines demokratischen Staates. In einem solchen Raum kann sich eine öffentliche Meinung durch Dialog und Austausch entwickeln. Öffentlichkeit im weiten Sinn beinhaltet alle Bereiche der Gesellschaft außerhalb des Privaten, also auch das wirtschaftliche Handeln. Im engeren Sinne bedeutet Öffentlichkeit das politische Handeln, welches unter freien Bürgern stattfindet (griech.: *polis*). Darüber hinaus kann unter Öffentlichkeit auch nur die nicht staatliche Öffentlichkeit im Sinne der Zivilgesellschaft verstanden werden.

Die Mitwirkung im öffentlichen Raum, insbesondere der Politik und Zivilgesellschaft, ist in Demokratien zwar formal jedem erlaubt, die tatsächlichen Beteiligungschancen sind allerdings ungleich verteilt. Sie hängen, um mit Bourdieu zu sprechen, insbesondere vom „sozialen und kulturellen Kapital“ ab, über das eine Person verfügt. Vor allem Feministinnen weisen auf jene Ausschlussmechanismen hin, die Frauen in der Öffentlichkeit bis heute benachteiligen, was eben mit der Zuweisung des privaten Raums für Frauen und des öffentlichen Raums für Männer erklärt wird.² In diesem Sinne ist auch die Forderung der Frauenbewegung zu verstehen, dass politische Regeln im privaten Lebensbereich die Freiheitsgrade für Frauen vergrößern statt verringern sollen, was lange Zeit beim Thema Schwangerschaftsabbruch diskutiert wurde³ und heute bei dem sogenannten Erziehungsgeld („Herdprämie“) für heftige Kontroversen sorgt.

Dr. phil. Christian Boeser-Schnebel



Akademischer Oberrat
Lehrstuhl für Pädagogik
mit Schwerpunkt Erwachsenen- und Weiterbildung
an der Universität Augsburg
Tel.: 0821 598-5562
E-Mail: christian.boeser@phil.uni-augsburg.de

¹ Schnebel, K. (2014): *Gerechtigkeit oder Selbstbestimmung*. Wiesbaden.

² Vgl. Boeser, C. (2012): *Ermutigung von Frauen für die Politik als Aufgabe politischer Bildung?* In: Boeser, C./Fahrenwald, C./Bauer, Q. (Hrsg.): *Von der Vision zur Profession – Die Genderperspektive in der Pädagogik*. Opladen, S. 63–75.

³ Hierbei wurde hinterfragt, ob eine Liberalisierung des § 218 im Privaten den Druck auf Frauen, abzutreiben, nicht vergrößern würde. Die feministische Bewegung ging in dieser Zeit jedoch mehrheitlich davon aus, dass Frauen im Privaten diese Entscheidung tatsächlich selbst treffen, was sicherlich vielfach nicht der Fall sein dürfte.

Staatlicher Übergriff oder Schutz?

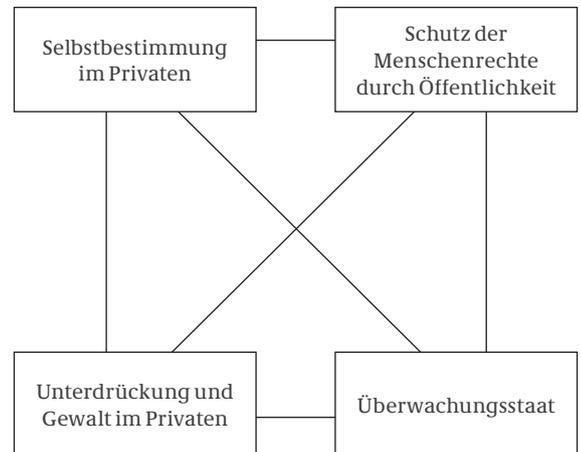
Heute ist in Forschung und Praxis weitgehend unstrittig, dass gesellschaftliche Normen und Politik in die Privatsphäre hineinwirken, und zwar nicht nur indirekt, mittels politischer Rahmenbedingungen für privates Leben, sondern auch durch sehr direkte Normierungen und Eingriffe. Beispielsweise schreibt die Politik den Empfängern von Sozialleistungen recht genau vor, wie und mit wem sie wohnen dürfen, wenn sie nicht ihren Anspruch auf Unterstützung verlieren wollen. Oder sie nimmt auf die Arbeitsteilung innerhalb von Familien Einfluss, indem sie diejenigen mit zwei zusätzlichen Monaten Elterngeld belohnt, die sich die Betreuung von Kleinkindern zumindest zeitweise aufteilen, beziehungsweise alle anderen mit zwei Monaten weniger bestraft.⁴ Solche direkte Einflussnahme der Politik auf das private Leben ist in Demokratien legitimationsbedürftig und muss gut begründet werden, da sie möglicherweise Freiheiten einschränkt. In der Tendenz greift die Politik umso mehr ein, je stärker die Fähigkeit im Privaten abnimmt, Konflikte auf der Basis gemeinsamer Wertvorstellungen zu lösen. Dies gilt erst recht, sobald grundlegende Menschenrechte nicht mehr im Privaten zu gewährleistet sind. Demokratien befinden sich hier in einem unauflösbaren Wertedilemma zwischen dem Schutz der Privatsphäre und dem Schutz des Individuums, eine Problematik, die sich beispielsweise bei Jugendämtern stellt, wenn es darum geht, wann man zum Wohle des Kindes in Familien intervenieren soll.

In Anlehnung an ein Instrument, das Werte- und Entwicklungsquadrat, des Kommunikationspsychologen Friedemann Schulz von Thun, lässt sich dieses Dilemma gut beschreiben:

„Jeder Wert (jede Tugend, jedes Leitprinzip, jede menschliche Qualität) kann nur dann seine volle konstruktive Wirkung entfalten, wenn er sich in ausgehaltener Spannung zu einem positiven Gegenwert, einer ‚Schwesterntugend‘ befindet. Ohne diese Balance verkommt ein Wert zu seiner entwerteten Übertreibung.“⁵

In diesem Sinne etwa ist Sparsamkeit nur so lange eine Tugend, wie sie kombiniert ist mit der Schwesterntugend Großzügigkeit. Sparsamkeit alleine würde zum Geiz entarten und Großzügigkeit zur Verschwendungssucht. So lässt sich das Spannungs-

feld zwischen dem Schutz der Privatsphäre und dem Schutz des Individuums durch folgendes Werte- und Entwicklungsquadrat veranschaulichen.



Wird die Selbstbestimmung im Privaten absolut gesetzt, drohen dort Unterdrückung und Gewalt. Setzt dagegen der Staat den Schutz des Individuums vor Übergriffen im Privaten absolut, entwickelt er sich zum Überwachungsstaat.

Private Meinung oder politisches Barometer?

Was den für eine Demokratie selbstverständlichen (aber auch in Diktaturen durchaus bestehenden) politischen Einfluss sogenannter „Stimmungen“ im Privaten anbelangt, so gelten Politiker(innen), die darauf nicht reagieren, als abgehoben und verlieren schnell die Gunst ihrer Wähler(innen). Gerade Volksparteien sind deshalb darauf angewiesen, ihre Politik auch an den mitunter rasch wechselnden Stimmungen in der Bevölkerung, vermittelt über die einschlägigen Interessensgruppen oder Meinungsumfragen, zu orientieren. Dies ist dann oftmals die Ursache für Positionswechsel von Politiker(innen), was wiederum Medienvertreter meist kritisch kommentieren.

Eine daran anknüpfende These, die für viele neu und ungewöhnlich ist, lautet: Die Privatsphäre – genauer: die politischen Alltagsgespräche – beeinflussen maßgeblich die Qualität politischer Entscheidungen. Worum geht es hier? – Seit einigen Jahren wird nicht mehr nur von der „Politik- oder Politikerverdrossenheit“ der Bürger(innen) gesprochen, sondern auch von der „Bürgerverdrossenheit der Politiker(innen)“⁶. Was damit gemeint ist, wird etwa deutlich, wenn man das Buch des Spiegel-Journalis-

⁴ Gerade von Konservativen wird es sehr kritisch gesehen, dass der Staat eine bestimmte (partnerschaftliche) Arbeitsteilung im Privaten subventioniert und damit normativ nahelegt.

⁵ www.schulz-von-thun.de/index.php?article_id=72

ten Nikolaus Blome liest.⁷ In „Der kleine Wählerhasser – Was Politiker wirklich über die Bürger denken“ beschreibt Blome, was Politiker nur in Hintergrundgesprächen zu sagen wagen. Blome, der als Leiter des Hauptstadt-Korrespondentenbüros einer Boulevardzeitung etliche derartiger Hintergrundgespräche führte, verdichtet diese zu einem Bild, welches Politiker derzeit vom Bürger haben. Alleine eine Auswahl an Kapitelüberschriften aus „Der kleine Wählerhasser“ macht deutlich, dass es kein besonders positives Bild ist: „Der Wähler ist a Sau“, „Vox populi, vox Rindvieh“, „Die Leute interessieren sich doch gar nicht für Politik“, „Ein Drittel Irre ist immer dabei“, „Das kann man nicht laut sagen“ oder „Das verstehen die Leute eh nicht“.

Dieses Negativbild des Bürgers hat sein Pendant im Negativbild des Politikers, das bei sehr vielen Bürgern verbreitet ist.⁸ Politiker sind die Berufsgruppe, der am wenigsten vertraut wird – und zwar mit weiterhin sinkender Tendenz.

Der Vertrauensindex der Gesellschaft für Konsumforschung von 2011 ermittelte z. B., dass gerade einmal 9 % der Deutschen ihren Politikern vertrauen. Zum Vergleich: Werbefachleuten vertrauen 33 %.⁹

Nicht untypisch für dieses Negativbild ist das Zitat aus einem Bürgerinterview mit einem 24-jährigen Fachlageristen, welches im Rahmen eines Forschungsseminars an der Universität Augsburg geführt wurde:

„Was denken Sie, wenn Sie das Wort Politiker hören?

Korrupte Schweine. Jeder von denen zieht einem nur das Geld aus der Tasche, Hauptsache sie verdienen viel Geld. Sie können gut reden, aber was sie sagen sind alles Lügen. Sie geben gerne Geld aus. Stecken gerne Geld ein, geben davon aber nichts wieder ab.“¹⁰

Die Politikverdrossenheit der Bürger(innen) und die Bürgerverdrossenheit der Politiker(innen) sind – und das ist hier zentral – zwei Seiten derselben Medaille. Werner J. Patzelt, Politikprofessor in Dresden, erklärt dies als Konsequenz eines oberflächlichen und verächtlichen Diskurses über Politik. Er fragt: „Wie viel Politikverachtung verträgt die politische Klasse, bevor sie sich auf Selbstsucht und Zynismus

zurückzieht?“¹¹ Eine Antwort hierauf gibt der FDP-Politiker Wolfgang Kubicki, der schon längst eine Veränderung des politischen Diskurses feststellt und bemerkt: „Es gibt keinen Tiefgang, kaum wirklich große Diskussionen um die wirklich wichtigen Dinge. (...) Ich lerne, nicht mehr laut zu denken. Aber das nervt mich, weil ich das weder als Anwalt noch als Mensch gewohnt bin. Immer soll man nur in kleinen geheimen Zirkeln denken und reden. Das Problem von kleinen Zirkeln ist doch: Man denkt da drin auch begrenzt.“¹² Den Politikern fehlen demnach Möglichkeiten eines vertiefenden politischen Austausches. Dies beschränkt zwangsläufig die Erkenntnismöglichkeiten von Politikern, die doch eigentlich eine Problematik umfassend von verschiedenen Seiten beleuchten sollten, aber es aufgrund ihrer nicht unbegründeten Ängstlichkeit nicht wagen.

Der Rückzug, von dem Patzelt spricht, ist also bereits im Gange. Politikwissenschaftler und Politiker sind sich hier auch durchaus einig. Die einen sprechen vom „autistischen Subsystem Berliner Republik“¹³, die anderen von „Parallelwelten“¹⁴. Erschwerend kommt hinzu: Die Kommunikationsstörung zwischen Bürgern und Politikern verstärkt genau das, was Bürger an Politikern kritisieren, konkret, dass Politiker viel zu weit weg sind vom Bürger. Es handelt sich hier um einen Teufelskreis:

Je mehr Politiker sich abschotten, umso größer empfinden die Bürger die Distanz zu Politikern, umso verächtlicher sprechen sie über Politiker und umso mehr ziehen sich Politiker weiter zurück.

Der schon verstorbene Kommunikationsforscher Paul Watzlawick bezeichnet diese Problematik als „Interpunktion von Ereignisfolgen“¹⁵. Damit ist gemeint, dass beide Akteure – in dem Fall sowohl die Bürger als auch die Politiker – ihr Verhalten als Reaktion auf das Verhalten des jeweils anderen verstehen.

Und auch in anderer Hinsicht haben wir es mit einer Wechselwirkung zwischen Wählern und Gewählten zu tun. Patzelt gibt zu bedenken, dass demokratische Politik dadurch ge-



⁶ Vgl. Dausend, P./Sussebach, H.: Draußen im Lande. In: DIE ZEIT, 06.08.2009, S. 13.

⁷ Blome, N. (2011): Der kleine Wählerhasser. Was Politiker wirklich über die Bürger denken. München.

⁸ Vgl. Blome, N. (2008): Faul, korrupt und machtbesessen? Warum Politiker besser sind als ihr Ruf. Berlin.

⁹ www.gfk.com/imperia/md/content/presse/pressemitteilungen_2011/20110617_trust_index_dfin.pdf

¹⁰ Vgl. Boeser, C./Schnebel, K. B. (2013): Über „dumme Bürger“ und „feige Politiker“ – Streitschrift für mehr Niveau in politischen Alltagsgesprächen. Wiesbaden, S. 19.

¹¹ Patzelt, W. J. (2009): Politikern sind die Ahnungslosen. In: kursiv – Journal für politische Bildung, H. 01, S. 12–17, S. 17.

¹² Lebert, S./Willeke, S. (2010): Hauen bis die Schwarte kracht. In: DIE ZEIT, 18.03.2010, S. 19.

¹³ Vgl.: Dausend, P./Sussebach, H. (2009): Draußen im Lande. In: DIE ZEIT, 06.08.2009, S. 13.

¹⁴ Vgl.: Geis, M. (2010): Ihr da draußen. In: DIE ZEIT, 28.10.2010, S. 2.

¹⁵ Vgl.: Watzlawick, P./Beavin, J. H./Jackson, D. D. (1996): Menschliche Kommunikation. Formen, Störungen, Paradoxien. Bern.

prägt wird, „was man als Politiker den Bürgern *zumu-*ten zu können glaubt (...) Und somit erweist sich das Ausmaß politischen Durchblicks im Volk als Schlüsselfaktor politischer Gestaltungsmöglichkeiten.“¹⁶ Die Art und Weise, wie Politik im Privaten thematisiert wird, hat demnach nicht nur inhaltliche Auswirkungen, sondern hat auch Einfluss auf die Qualität von Politik. Letztlich muss es deshalb darum gehen, im Privaten den Mut aufzubringen, sich seines Verstandes auch bei politischen Themen zu bedienen. Leider ist dies alles andere als selbstverständlich.¹⁷

II. Wie man auf Stammtischparolen des Schwagers reagieren kann

Der Erwachsenenbildner Prof. Klaus-Peter Hufer beschreibt Stammtischparolen in seinem Argumentationstraining gegen Stammtischparolen mit folgenden Merkmalen: „platte Sprüche, aggressive Rechthaberei, kategorisches Entweder-oder, dezidierte Selbstgerechtigkeit“¹⁸. In einem darauf aufbauenden Forschungsseminar an der Universität Augsburg wurde in Bürgerinterviews nach Stammtischparolen zum Thema Politik gesucht. Dabei konnten drei Varianten unterschieden werden:

1. Stammtischparolen im Sinne von verallgemeinernden pauschalen Aussagen: „Die Politiker sind nur an ihrer eigenen Macht interessiert.“
2. Stammtischparolen im Sinne von sich eigentlich widersprechenden Idealvorstellungen: „Wir brauchen mehr Einzelfallgerechtigkeit, aber auch weniger Bürokratie.“
3. Stammtischparolen aufgrund von Unkenntnis: „Die Faulheit der Politiker sieht man am leeren Plenum im Bundestag.“

Mit dem Begriff „Stammtischparolen“ soll dabei nicht der Stammtisch diskreditiert werden, der durchaus auch ein Ort niveaувollen Streits sein kann. Man könnte ebenso kritisch von Mensaparolen, Facebookparolen oder Esstischparolen schreiben, da auch dort das Niveau bei Gesprächen über Politik und Politiker oftmals von Platttheit und Denkfaulheit geprägt ist.



Um auf Stammtischparolen angemessen reagieren zu können, ist es zunächst nötig, diese als solche zu identifizieren. Die Fähigkeit zur Identifikation von Stammtischparolen hängt zum einen ab von der eigenen politischen Urteilsfähigkeit, von der eigenen Fähigkeit zu einer differenzierten Auseinandersetzung mit politischen Fragen. Zum anderen ist es auch eine Frage der Sensibilisierung für platte, oberflächliche und selbstgerechte Äußerungen, mithin also auch eine Übungssache. Wenn Stammtischparolen erkannt worden sind, können diese kritisch betrachtet werden. Die Problematisierung von Stammtischparolen muss dabei nicht zwingend konfrontativ erfolgen: So wurde in den erwähnten Bürgerinterviews deutlich, dass oftmals einfaches Nachfragen genügt, damit diejenigen, die Stammtischparolen geäußert haben, diese selbst anfangen zu hinterfragen. Ein einfaches Mittel zur Problematisierung von Stammtischparolen können sogenannte Präzisionsfragen sein, die eine pauschale Aussage nicht infrage stellen, sondern eine präzisere Begründung/Erklärung einfordern.¹⁹

Einige Beispiele für Präzisionsfragen:

- „Das ist eine Unverschämtheit von den Politikern.“ – „Was genau findest Du unverschämt?“
- „Hier hat die Politik versagt.“ – „Wie hätten sich die Politiker Deiner Ansicht nach verhalten sollen?“
- „Das ist ungerecht.“ – „Was wäre Deiner Ansicht nach hier gerecht?“

Gut geeignet zur Einübung derartiger Fragetechniken sind Rollenspiele, wobei jedoch zu beachten ist, dass die reine Vermittlung einer Technik nicht ausreicht. Voraussetzung ist vielmehr eine angemessene Haltung, die sich als „Respekt vor Andersdenkenden“ beschreiben oder mithilfe der ersten zwei Prämissen des „Beutelsbacher Konsens“, also dem „Überwältigungsverbot“ und dem „Kontroversitätsgebot“, begründen lässt.

Neben der Problematisierung von Stammtischparolen kann auch eine eher konfrontative Strategie sinnvoll sein, bei der explizit gegen die Parole argumentiert wird. Ein entsprechender Ansatz ist es, mit den Dilemmata zu argumentieren, in denen sich Politiker befinden.²⁰ Ein geeignetes Instrument hierfür ist das oben schon erwähnte Werte- und Entwicklungsquadrat. Auf ein politisches Beispiel an-

¹⁶ Patzelt, W. J. (2009): Politikfern sind die Ahnungslosen. In: kursiv – Journal für politische Bildung, H. 01, S. 12–17, S. 13.

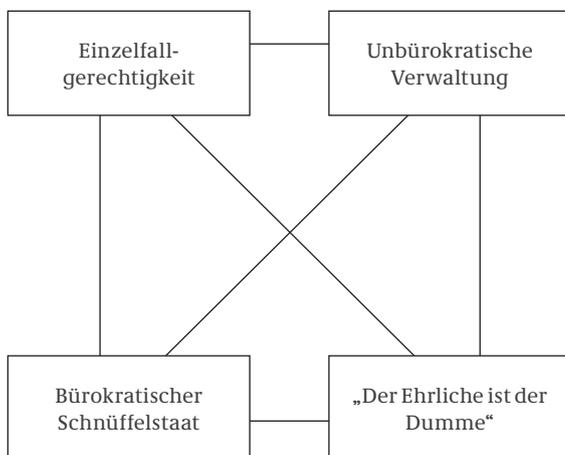
¹⁷ Vgl. Boeser, C./ Schnebel, K. B. (2013): Über „dumme Bürger“ und „feige Politiker“ – Streitschrift für mehr Niveau in politischen Alltagsgesprächen. Wiesbaden.

¹⁸ Hufer, K.-P. (2005): Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Wiesbaden, S. 12.

¹⁹ Dörrenbächer, P. (2002): Erfolgreiche Kommunikation. In: Haft, F./Schlieffen, K. Gräfin von (Hrsg.): Handbuch Mediation. München, S. 339–362.

²⁰ Vgl. Schnebel, K. (2014): Dilemmafokussierung in verschiedenen Bereichen der Politikwissenschaft und ihr Nutzen für die politische Bildung. Vortrag auf der Tagung „Politikwissenschaft und Didaktik der politischen Bildung“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft am 21.02.2014 in Karlsruhe.

gewendet: Häufig werden die Forderung nach mehr Einzelfallgerechtigkeit und zugleich der Wunsch nach weniger Bürokratie oder nach unbürokratischer Hilfe geäußert. Das damit eröffnete Spannungsfeld ist vielen nicht bewusst, doch angesichts von Hartz IV lässt sich das für Politiker bestehende Dilemma gut veranschaulichen: Ohne bürokratische Prüfung des Einzelfalls lässt sich kaum feststellen, wer wirklich bedürftig ist. Demnach gibt es auf dem ersten Blick nur zwei (jeweils problematische) Alternativen: Die erste ist, dass man entweder im Einzelfall ungerecht ist, d. h. jemand erhält ungerechtfertigterweise etwas oder ungerechtfertigterweise nichts, oder es gibt, zweite Alternative, eine aufwendige bürokratische Einzelfallprüfung, die nicht nur Geld kostet, sondern auch für den Betroffenen eine Zumutung darstellt. Politik muss sich zwischen diesen beiden Alternativen nicht grundsätzlich entscheiden, sondern kann zwischen den beiden konkurrierenden Wertvorstellungen von Fall zu Fall abwägen und gegebenenfalls Gesetze nachjustieren, wenn die Balance nicht mehr stimmt. Bei einseitiger Orientierung an einem Wert jedenfalls droht dessen Entartung (in der folgenden Abbildung die unteren Felder).



An diesem Beispiel ist gut das Potenzial der Reflexion von politischen Dilemmata zu erkennen, denn so wird deutlich, dass schnelle, einfache und dauerhaft funktionierende Lösungen in der Politik oftmals nicht möglich sind. Diese Erkenntnis fördert nicht nur die politische Urteilsfähigkeit, sondern trägt auch zur *Immunisierung gegen Stammtischparolen* bei.

Ein „Argumentationstraining gegen Politikverdrossenheit“, welches seit 2012 im Netzwerk Politi-

sche Bildung Bayern²¹ entwickelt wird, arbeitet mit diesen und anderen Ansätzen erfolgreich mit Jugendlichen und Erwachsenen.²² Es zeigt sich, wie schon beim erwähnten Argumentationstraining gegen Stammtischparolen, dass derartige Angebote gut in der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung angenommen werden. Zentral ist in den entwickelten Trainingseinheiten, die oben dargestellten Beziehungen zwischen Privatem und Öffentlichem zu thematisieren und zu reflektieren. Das Training betont, dass es in einem freien Staat unabdingbar ist, dass das Politische privat sein kann, dass also jeder selbst entscheiden kann, ob und wie er sich über Politik äußert. Der Charme des Trainings liegt insbesondere darin, dass mithilfe von relativ einfachen Modellen, wie beispielsweise dem hier dargestellten Werte- und Entwicklungsquadrat, eine große Nachdenklichkeit bei den Teilnehmern entsteht und sehr kontroverse Diskussionen auf hohem Niveau möglich werden.

III. Fazit

Ein freier Staat kann auf Dauer nicht funktionieren, wenn die Bürger das Politische ausschließlich als privat begreifen und nicht den Mut haben, ihren Verstand auch dann im Privaten zu gebrauchen, wenn es um politische Themen geht. Um es auf den Punkt zu bringen: In einer Demokratie muss es sowohl das Recht auf Passivität, politisches Desinteresse, auf bornierten Egoismus als auch auf politische Dummheit geben. Aber eben auch das Recht, Passivität, politisches Desinteresse, bornierten Egoismus und politische Dummheit zu kritisieren. Und hierzu gibt es nicht nur das Recht, sondern sogar die Notwendigkeit. Für die politische Erwachsenenbildung bietet sich hier eine gute Möglichkeit, sich als Anwalt der Demokratie zu positionieren und interessierte Bürger zu niveauvollen Diskussionen auch in ihrem privaten Umfeld zu befähigen. Möglich sind einmalige Abendveranstaltungen, die dazu einladen, nicht nur über Politiker zu schimpfen, sondern die Komplexität von Politik besser wahrzunehmen. Gut geeignet sind aber auch längere Workshops (1/2–2 Tage), in denen nicht nur die politische Urteilsfähigkeit, sondern gerade auch die politische Handlungsfähigkeit weiterentwickelt werden können.

²¹ Das Netzwerk ist angesiedelt am Lehrstuhl für Pädagogik mit Schwerpunkt Erwachsenen- und Weiterbildung an der Universität Augsburg. Weitere Informationen unter www.politische-bildung-bayern.net

²² Durchgeführt wurden bislang ca. 15 Workshops an Schulen und in der außerschulischen politischen Bildung. Darüber hinaus gab es einen Expertenworkshop im Bayerischen Kultusministerium und eine zweitägige Multiplikatoren- und Multiplikatorenausbildung mit Kollegen aus Deutschland und Österreich. Bisherige Kooperationspartner waren u. a. die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, das Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), das Geschwister-Scholl-Institut an der LMU, der Bezirksjugendring Schwaben, die Katholische Landjugendbewegung Bayern, die Volkshochschule Aichach-Friedberg und die Lokale Agenda 21 der Stadt Augsburg.